



Dresden braucht starke Ortschaften

► Ortschaften, das sind die vor einigen Jahren nach Dresden eingemeindeten Ortsteile. Altfranken machte 1997 den Anfang, bis Januar 1999 kamen weitere acht Ortschaften hinzu. Zusammen mit den zehn Stadtbezirken bilden sie die Landeshauptstadt Dresden. Die Mehrheit von Rot-Rot-Grün entschied im vergangenen Sommer die Abschaffung und die Eingliederung in die Ortsamtsgebiete, jetzt Stadtbezirke, der Stadt und beschneidet die Ortschaften damit in ihrer Selbstbestimmung. Für die FDP-Fraktion im Stadtrat eine befremdliche Entscheidung, denn die Abschaffung der Ortschaften bedeutet einen Verlust an Mitbestimmung und gelebter Demokratie im besten Sinn. Eigentlich müssten die Ortschaften Vorbild für den Rest der Stadt sein, denn hier funktioniert das Gemeinschaftsleben sehr gut.

Wohnungsbau nicht ausbremsen!

Ein verpflichtender Anteil von 30 Prozent Sozialwohnungen soll die Zukunft des Dresdner Wohnungsmarktes mitbestimmen: Warum eine Quote für den Neubau keinesfalls die Kinderkrankheiten in der Stadtverwaltung löst.



Neue Hürden für privaten Wohnungsbau

Dresden wächst! Bis 2030 wird für die Landeshauptstadt ein zusätzlicher Wohnungsbedarf von mehr als 30.000 Wohnungen prognostiziert. Immerhin knapp 600.000 Menschen sollen dann hier leben. Um einem solchen Bedarf und den verschiedenen Zielgruppen gerecht zu werden, muss geplant werden. Dazu befinden sich aktuell zwei Vorlagen in der Diskussion im Dresdner Stadtrat: Das Strategiepapier Wohnungskonzept mit Fokus auf die kommunale Wohnen in Dresden GmbH (WiD) und das Kooperative Baulandmodell. Mit diesem Modell sollen private Bauträger an den Folgekosten der Bebauung, wie der Entwicklung der städtischen Infrastruktur zur Erschließung neuen Baulandes, beteiligt werden. Dabei ist die Beteiligung der Bauherren hieran nicht neu: Schon früher wurden In-

vestoren für die Erschließung von Grünflächen und Straßen sowie für den Kita-Bau herangezogen – bisher wurde alles individuell ausgehandelt. Mit der Kooperativen Baulandentwicklung werden nun verbindliche und einheitliche Regeln gesetzt.

An einer Beteiligung für Grünflächen, Spielplätze und eventuell Schulen spricht aus Sicht der FDP nichts, für die Fraktion stellen allerdings die überbordenden Quoten von 30 Prozent zur Schaffung mietpreisgebundenen Wohnraums im Konzept eine Gefahr für den Wohnungsbau in Dresden dar – eine Fördergarantie gibt es nicht. „Die Auflagen und die Bürokratie für die Wohnungswirtschaft werden in Dresden immer größer. Damit wird auch der Wohnungsbau immer teurer, am Ende wird es nur noch Luxuswohnungen geben, die eine Handvoll Sozialwohnungen subventionieren müssen. Das kann doch nicht das Ziel eines Wohnungskonzeptes sein, gerade im

mittleren Mietpreissegment, also bei Wohnungen für normal arbeitende Menschen, ein dauerhaftes Problem zu schaffen. Das lehnen wir ab“, so Holger Zastrow.

Bei einer öffentlichen Expertenanhörung am 5. März im Ausschuss für Soziales und Wohnen stellte sich heraus, dass Bauträger die Methode Baulandmodell gar nicht in Frage stellten, aber die Höhe der Quote als kritisch einstufen – das Wohnkonzept stößt hingegen auf Ablehnung. Was wiederum auch die Sicht der FDP-Fraktion auf das Wohnkonzept bestätigt: Mit der Fixierung auf die WiD, der Behinderung privater Wohnungsbautätigkeiten und fehlenden Aussagen zu einer dringend notwendigen Neuregelung der Wohnberechtigungsscheine „hat das vorgelegte Wohnkonzept schwerwiegende Konstruktionsfehler, es fixiert sich zu sehr auf den steuergeldsubventionierten Wohnungsbau und geht die seit Jahren bekannten Probleme innerhalb der Stadtverwaltung nicht an. Es fehlen

entscheidende Aussagen für eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsabläufe innerhalb der Stadtverwaltung. Wer schnellen Wohnungsbau will, muss dringend Bürokratie abbauen.“ Holger Zastrow, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat, stellt weiter fest: „Im Wohnkonzept fehlen ebenfalls Aussagen zur Nutzung der rund 10.000 Sozialwohnungen in Dresden. Bis heute weigert sich die Sozialbürgermeisterin Frau Dr. Kaufmann das Problem der Fehlbelegungen anzuerkennen. Wenn wir nicht einmal wissen, wie viele Sozialwohnungen wir wirklich brauchen und wie viele wirklich belegt sind, können wir kein funktionierendes Wohnkonzept aufstellen.“

Zastrow verweist damit auf zahlreiche schriftliche Anfragen der FDP im Stadtrat zu Belegung und Vergabe der Dresdner Sozialwohnungen. Danach kann die Stadt nicht sagen, wer in einer städtischen Sozialwohnung lebt und/oder ob überhaupt Anspruch besteht.

Sorgenkind Städtisches Klinikum

Bereits die geplanten Zahlen für das Jahr 2018 zeigten ein Minus von 9,8 Millionen Euro. Nun ist der Jahresabschluss des Städtischen Klinikums noch schlechter ausgefallen als ohnehin schon prognostiziert.

Mit der längst überfälligen Fusion der beiden städtischen Kliniken Dresden Neustadt und Friedrichstadt im Januar 2017 sind die beiden Häuser als neufirmiertes „Städtisches Klinikum Dresden“ eines der größten medizinischen Versorgungseinrichtungen in der Landeshauptstadt und in der Region. Auch wirtschaftlich sollte es besser werden, die Lage der beiden Häuser bleibt dennoch weiter angespannt, um nicht zu sagen prekär.

Aufgrund unterschätzter Auswirkungen der Entgeltordnung sowie

eine zu optimistische Planung der Fusionsergebnisse wurde der noch im Herbst 2017 prognostizierte Jahresüberschuss von einer halben Million Euro im Jahresergebnis auf ein Minus von 2,9 Millionen Euro korrigiert. Die Negativbilanz von 9,8 Millionen Euro für das Jahr 2018 musste dann einem Ergebnis von -11,3 Millionen weichen. Fehlendes Personal, zu geringe Fallzahlen und Sanierungen schlagen zu Buche. In der Prognose schreibt das Städtische Klinikum bis einschließlich 2021 negative Zahlen. Hinzu kommt ein Schuldenberg,



welcher in den kommenden Jahren auf über 60 Millionen Euro anwachsen wird.

Für die FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat eine unhaltbare Situation, sowohl für die Stadt, das Personal als auch für die Patienten. „Wir brauchen eine ordentliche wirtschaftliche Reform des Städtischen Klinikums, um es selbstständig und tragfähig zu gestalten – zur Sicherung der medizinischen Infrastruktur und damit zusammenhängend für eine ordentliche Versorgung der Dresdner.“

Vor allem die Sanierung und Rettung des städtischen Klinikums wird eine der Hauptaufgaben in den nächsten Jahren“, so Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier, Stadtrat der FDP-Fraktion. „Es stehen immer noch dringend erforderliche Sanierungen im Bereich Brandschutz sowie die Sanierung einzelner Häuser im Krankenhaus Friedrichstadt auf dem Plan. Hier müssen wir kurzfristig überprüfen, ob die eingeleiteten Maßnahmen auch tatsächlich eine nachhaltige positive Entwicklung in allen Bereichen ermöglichen.“

Stadtbahn 2020 – Vorzugsvariante realisieren

Straßenrückbau auch am Zelleschen Weg – und dabei sollte eigentlich nur eine neue Straßenbahnlinie gebaut werden, die den Bus der Linie 61 ersetzt. Die FDP-Fraktion fordert nun die Bestätigung der Vorzugsvariante der Stadtverwaltung.



Mit dem Antrag „Straßenrückbau stoppen – Verkehrsplanung für alle Verkehrsteilnehmer“ fordert die FDP-Fraktion die Korrektur der Vorplanungen zur Stadtbahn 2020, insbesondere der Teilstrecke 1.3 „Nürnberger Straße – Zellescher Weg – Caspar-David-Fried-

rich-Straße“. Bereits im Januar 2016 hat der Stadtrat, vornehmlich SPD, Linke, Grüne und Piraten, die Vorplanung des Projektes entgegen der Vorzugsvariante der Stadtverwaltung und der damals betroffenen Ortsbeiräte (heute Stadtbezirksbeiräte) beschlossen.

Statt bisher 2 Fahrspuren für den motorisierten Individualverkehr (MIV) wird es nach diesem Beschluss nur noch eine Autospur je Richtung geben.

Wieder soll eine wichtige Verbindung in der Landeshauptstadt verengt und zurückgebaut werden. Der Zellesche Weg ist immerhin Teil der Staatsstraße 172 im südlichen Stadtgebiet und zudem Teil der Süd- und Westumfahrung des Zentrums. Aus Sicht der FDP-Fraktion wurde diese Entscheidung 2016 aus rein ideologischen Gründen getroffen, um dem Autoverkehr gezielt zu schaden. Die Verwaltung hatte mit der sogenannten Vorzugsvariante eine ausgewogene Planung für alle Verkehrsteilnehmer vorgelegt, welche den zu erwartenden Verkehrsbelastungen gerecht geworden wäre.

In unserem aktuellen Antrag fordern wir die Aufhebung des am 21.01.2016 getroffenen Beschlusses und die Bestätigung der von der Verwaltung vorgelegten Vorzugsvariante mit zwei Fahrspuren für den motorisierten Individualverkehr je Richtung, neuer Straßenbahnlinie und komfortablen Radwegen. Da bis 2023 keinerlei finanzielle Mittel für eine bauliche Umsetzung des Teilstückes im Haushalt eingeplant sind, steht auch kein konkreter Umsetzungstermin einer Korrektur der grundsätzlichen Planungen entgegen.

Zudem kritisieren wir den Einsatz der Lenkungsgruppe Stadtbahn 2020, der im Juni 2018 beschlossen wurde und Zuständigkeiten neu definiert. „Die Übertragung solcher Kompetenzen sollte dem

demokratischen Selbstverständnis des Stadtrates widersprechen“, so Holger Zastrow, Fraktionsvorsitzender der FDP im Dresdner Stadtrat. „Von der erneut unverhältnismäßigen Bürokratisierung, die damit einhergeht, ganz zu schweigen. Die Zuständigkeit, die bei allen eventuellen Entscheidungen, Beschlüssen oder Abwägungen in der städtischen Planung anfallen können, gehört in die Hände des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften und nicht in irgendwelche geheim tagenden Hinterzimmergremien.“

Darüber hinaus schafft die Aufhebung des Beschlusses vom Juni 2018 wieder eindeutige und demokratisch legitimierte Zuständigkeit und vereinfacht und verschlankt die Stadtratsarbeit deutlich.

KURZNACHRICHTEN

Das Beauftragtenwesen der Landeshauptstadt erhält Zuwachs: den Seniorenbeauftragten

Die Installation eines Seniorenbeauftragten zusätzlich zum Seniorenbeirat sehen wir als FDP-Fraktion kritisch. Dabei soll der kürzlich von der CDU geforderte Beauftragte in der Verwaltung als Schnittstelle zwischen Bevölkerung und Beirat dienen und benachteiligte Personengruppen und deren Positionen vertreten. „Während die Verwaltung damit weiter aufgebläht wird, will man sich dem Vorwurf entziehen, man täte nicht genug“, so Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier, Stadtrat der FDP-Fraktion. „Will man die Belange

älterer Menschen wirklich ernst nehmen, sollten wir die Selbstwirksamkeit dieser Personengruppe stärken und nicht mit einem weiteren Beauftragten den Betreuungsstaat und das Hilflosigkeitsempfinden fördern. Es sollte der Zielgruppe überlassen werden, die eigenen Interessen zu artikulieren.“ Aktuell unterhält die Landeshauptstadt Dresden vier Beauftragte: für Gleichstellung, für Integration und Ausländer, für Menschen mit Behinderungen sowie eine*n Kinder- und Jugendbeauftragte*n.

Berufsschulzentrum sanieren

Das Berufsschulzentrum für Agrarwirtschaft und Ernährung Dresden in Altroßtal ist in einem desolaten Zustand, die Sanierung längst überfällig. „Wir reden und machen nichts! Es muss endlich was getan werden, immer haben andere Dinge Priorität. Wir bauen hochkomplexe Schulcampusse, das Land fördert seine Universitäten, wir müssen endlich wieder an unsere Berufsschulen denken“, kritisiert Holger Zastrow. Die unverzügliche Erstellung eines Sanierungs- und Entwicklungskonzeptes haben wir begrüßt.

Bürgerbeteiligung – vor der Wahl auch bei SPD und Grünen wieder aktuell

Die Ortschaftsverfassungen wurden zum Auslaufmodell erklärt, ein Bürgerbegehren zu den verkaufsoffenen Sonntagen trotz 20.000 Unterschriften abgelehnt – wirkliche Bürgerbeteiligung sieht aus Sicht der FDP-Fraktion anders aus. Kurz vor der Wahl versuchen es SPD und Grüne nun mit dem bürokratischen Monstrum Bürgerbeteiligungssatzung und versprechen wieder Unhaltbares. Detlev Cornelius, Stadtrat der FDP-Fraktion, findet dafür klare Worte: „Wir brauchen den klar erkennbaren politischen Willen, die Meinung der Bürger ernst

zu nehmen, wenn diese geäußert wird, unabhängig davon, in welcher Form diese Meinung geäußert wird – auch wenn der Inhalt nicht immer dem eigenen Weltbild entspricht. Wir brauchen kein bürokratisches Monster, keine zusätzlichen Regelungen, wenn das vorhandene Werkzeug der Bürgerbeteiligung nicht genutzt oder sogar abgeschafft wird.“ Wir kämpfen als FDP-Fraktion weiterhin für gelebte Demokratie, den Beschluss zur Bürgerbeteiligungssatzung konnten wir so jedoch nicht mittragen.

Ortschaften sind ein Stück gelebte Demokratie

Die FDP/FB-Fraktion unterstützte die Forderung nach der Direktwahl der Stadtbezirksräte im letzten August, sprach sich aber deutlich gegen den Entscheid der rot-rot-grünen Mehrheit im Stadtrat zur Abschaffung der Ortschaften aus.

Mobschatz, Langebrück, Cossebaude, Altfranken, Gompitz, Oberwartha, Schönborn, Schönfeld-Weißig und Weixdorf – unsere Dresdner Ortschaften, dieses kleine Stück gelebte Demokratie in unserer Stadt, stand im August 2018 auf dem Prüfstand. Getarnt unter dem Deckmantel der Beteiligung und Demokratie brachte die Verwaltung eine Vorlage in den Stadtrat ein, die sowohl die Direktwahl der Stadtbezirksbeiräte (früher Ortsbeiräte) als auch die gleichzeitige Zuordnung der Ortschaften zu den Stadtbezirken mit Auslaufen der Eingemeindungsverträge 2034 beinhaltete. Die FDP/FB-Fraktion unterstützte die Forderung nach

einer Direktwahl der Stadtbezirksräte und setzte sich damit für eine direkte Bürgerbeteiligung bei der Besetzung der Ortsämter ein. Daran ist seit Januar 2019 auch die Verwaltung eines eigenen kleinen Budgets je Ortsamt/Stadtbezirk gekoppelt.

Demgegenüber haben wir uns klar gegen die Abschaffung der Ortschaften und die damit verbundene Eingliederung in das Verwaltungsgebiet der Stadt positioniert. „Unsere Ortschaften sind nichts, was man abschafft! Unsere Ortschaften haben sich bewährt. Sie sind ein Musterbeispiel wie Kommunalpolitik funktioniert. Sie stehen im Ge-

gensatz zur Anonymität der künstlich geschaffenen Strukturen der Stadt. Die Direktwahl der Stadtbezirksbeiräte mit dem Schicksal der

Ortschaften zu verbinden ist fatal“, so Holger Zastrow, Vorsitzender der FDP/FB-Fraktion. Den Beschluss zur Änderung der Hauptsatzung

konnten wir leider nicht verhindern. Eine Mehrheit von Rot-Rot-Grün sprach sich für die Abschaffung und Eingliederung der Ortschaften aus. Uns bleibt nun die Aufgabe, Wege zu finden, wie die Ortschaften nach dem Auslaufen der Eingemeindungsverträge ihre lokalen Belange angemessen vertreten können. Mit einer Angliederung an die bisherigen Stadtbezirke gehen wertvolle Traditionen und Strukturen verloren. Wir kämpfen weiter für den Erhalt der bürgernahen, kommunalpolitischen Strukturen, wie Sie in den Ortschaften gelebt werden. Einen generellen Neuzuschnitt der Stadtbezirke mit Ablauf der Frist 2034 lehnen wir ab.



Fernsehturm: Verkehrskonzept planen

Die Finanzierung des Fernsehturmes ist gesichert: Bund, Land und Stadt teilen sich die Kosten. Eine der größten Herausforderungen wird nun die verkehrliche Erschließung. Dabei ist die Akzeptanz der Revitalisierung bei den Anwohnern vor Ort von entscheidender Bedeutung.

Im Oktober 1969 öffnete der Fernsehturm das erste Mal für Publikumsverkehr. Anfang der 1990er Jahre wurde er geschlossen, heute rückt die Wiedereröffnung in greifbare Nähe. Um ohne städtische Zuschüsse wirtschaftlich betrieben werden zu können, bedarf es nach einer ersten Betreiberstudie der STESAD GmbH bis zu 132.000 Besucher im Jahr. Potenzial bietet der Fernsehturm als Ausflugsziel für bis zu 230.000 Besucher.

Diese Besucherströme zwischen 130.000 und 230.000 Gästen im Jahr müssen bewältigt werden. Diskussionen zeigen immer wieder, dass die Wiedereröffnung von einer übergroßen Mehrheit der Dresdner gewünscht wird, aber

die infrastrukturelle Erschließung des Turmes und die Organisation der Besucherströme eine der größten noch zu lösenden Aufgaben darstellt.

Die FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat hat nun den Bürgermeis-



ter beauftragt, zusammen mit den Dresdner Verkehrsbetrieben ein Konzept zu entwickeln, welches die

zukünftigen Nutzungsarten, die besonderen verkehrlichen Herausforderungen der Region sowie die Anforderungen der Anlieger, Besucher und Touristen berücksichtigt. Dabei muss das Erschließungskonzept insbesondere die Belange der Bewohner des Hochlandes und der

angrenzenden Stadtteile aufnehmen, um eine erfolgreiche Wiedereinbetriebnahme zu gewährleisten.

Neben Lösungen für Fußgänger, Radfahrer, den motorisierten Individualverkehr sowie den Wirtschaftsverkehr fordern wir dabei vorrangig Lösungen des ÖPNV sowie die touristische Anbindung durch beispielsweise die Stadtrundfahrten herauszuarbeiten. Zu prüfen ist auch eine Kombination mit anderen, in der Gegend angelegten verkehrlichen Lösungen, wie die Neuordnung des Ullersdorfer Platzes, eine Verlängerung der Straßenbahnlinie 11 sowie die Einordnung eines Park+Ride-Platzes.

In diesem Zusammenhang bietet sich aus unserer Sicht auch die Möglichkeit eines Modellversuches für innovative Mobilitätslösungen in Kooperation mit Dresd-

ner Forschungseinrichtungen. Da es sich um einen kleinteiligen Verkehrsraum handelt, könnten beispielsweise autonom fahrende Fahrzeuge einen Shuttleservice von einem P&R-Parkplatz aus übernehmen. So würde nicht nur der Verkehrsraum entlastet, sondern zudem auch Anreize für Besucher geschaffen werden.

„Wichtig ist uns eine frühzeitige Planung der Infrastruktur rund um den Fernsehturm, denn nur mit funktionierender Anbindung kann auch eine Wiedereröffnung und dauerhaft wirtschaftliche Betreibung gelingen“, so das Fazit von Holger Zastrow, Fraktionsvorsitzender der FDP im Dresdner Stadtrat.

KURZNACHRICHTEN

Statt Linker Enteignungswut braucht es neue Wohnungen und Investoren

Die Linke fordert Enteignung von Wohnungskonzernen und eine Mietpreisbremse. Dass hiermit keine nachhaltigen Lösungen geschaffen, sondern Probleme auf die lange Bank geschoben werden, kritisiert Holger Zastrow, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion: „Ich hätte mir nie träumen lassen, dass 30 Jahre nach der friedlichen Revolution wieder über Enteignung gesprochen wird. Wenn in der DDR etwas nicht funktioniert hat, dann war das doch der Wohnungsbau.“ Ginge es nach der FDP, braucht es keine Mietpreisbrem-

se, sondern neue Wohnungen und damit Investoren, um Mieten langfristig auf einem konstanten Level zu halten. „Solange wir Investoren in Bürokratie ersticken, braucht hier keiner von Wohnungsnot sprechen. Auch könnten wir höher bauen, aber auch hier wird sich verweigert – in der Innenstadt und in der Peripherie“, urteilt Holger Zastrow. Zudem sieht er die Abschaffung der Grunderwerbssteuer oder die Ausweisung von Flächen in Ortschaften als mögliche Lösungsansätze vor einer Mietpreisbremse.

Sportstrategie der Landeshauptstadt

Immer neue Projekte finden sich im Bäderkonzept, dabei sind viele alte Vorhaben noch gar nicht verwirklicht. Gefährdet ist aktuell sowohl die Sanierung des Sachsenbades in Pieschen als auch der Hallenneubau in Klotzsche am Standort Königsbrücker Landstraße 100, weil Sozialdemokraten und Grünen zusätzlich ein Bad in der Harkortstraße fordern. „Das sei egoistisch und fahrlässig, hier werden zu viele Baustellen aufgemacht. – Wer zu viel will, bekommt am Ende gar nichts“, so Holger Zastrow skeptisch.

Parkplatzposse am Ferdinandplatz – private Parkplätze weichen städtischen

Erneut setzt sich Baubürgermeister Schmidt-Lamontain über die Entscheidung des Stadtrates hinweg. Ab 1. Juni sollen die Parkplätze an der St. Petersburger Straße zwischen Ferdinandplatz und dem Hotel Pullman Newa wegfallen. Als Ersatz für die 110 Stellplätze plant die Stadtverwaltung einen neuen städtischen Parkplatz auf dem Ferdinandplatz zu bauen. Der momentan existierende soll dafür weichen. Dem aktuellen privaten Parkplatzbetreiber wurde bereits kurzfristig der Pachtvertrag gekündigt. Eine erstaunliche Wendung,

denn für die Abschaffung der Parkplätze auf der St. Petersburger Straße gab es bisher keine Mehrheit im Stadtrat.

„Wir fordern die unverzügliche Rücknahme der Kündigung der Parkplätze auf dem Ferdinandplatz. Es wäre eine nicht nachvollziehbare Steuergeldverschwendung, wenn hier tatsächlich neue städtische Parkplätze gebaut werden sollen, obwohl der Baubeginn des neuen Verwaltungszentrums ansteht“, so Holger Zastrow, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat.

Fraktion aktuell

Tempo 30 für den Lockwitzgrund beantragt

Immer wieder kommt es auf dem Lockwitzgrund zwischen den Straßen Am Galgenberg und Lockwitzgrund Haus Nr. 100 zu teils schweren Verkehrsunfällen. Besonders gefährlich ist die Straße dabei für Anwohner und Nutzer des Sportplatzes, denn einen geeigneten Gehweg gibt es hier nicht. War der Bau eines Fußweges bereits 2017/2018 in der Fortschreibung des Prioritätenprogrammes zum Bau von Gehwegen im Dresdner Straßennetz eingeschrieben, steht auch 2019/2020 noch kein Geld bereit. Daher beantragte die FDP-Fraktion nun die Einrichtung einer Tempo 30 Geschwindigkeitsbegrenzung bis zur baulichen Umsetzung, um die Situation für Fußgänger zu entschärfen.



Für mehr Verkehrssicherheit am Lockwitzgrund – FDP-Fraktion beantragt vorübergehend Tempo 30

Kunst-, Antik- und Trödelmarkt auf der Hauptstraße

In Paris, London und Berlin erfreuen sich spezielle Trödelmärkte wachsender Beliebtheit und ziehen immer mehr Touristen an. Auch in Dresden und Umgebung haben solche Märkte Tradition. Die FDP-Fraktion beantragte nun die Prüfung, ob die Hauptstraße zur Durchführung eines vorzugsweise im Sommerhalbjahr regelmäßig stattfindenden und privat organisierten Marktes freigegeben werden kann. Das einmalige Flair von Dresdens grünem Boulevard bietet den scheinbar perfekten Rahmen für einen wertigen Kunst-, Antik- und Trödelmarkt. „Durch die mögliche Verbindung mit künstlerischen und markttypischen gastronomischen Elementen kann hier ein neuer kulturel-



In den Sommermonaten könnte hier regelmäßig ein Kunst-, Antik- und Trödelmarkt stattfinden. Die FDP-Fraktion lässt aktuell eine solche Nutzung prüfen.

ler Anker zwischen Neustädter Markt und Albertplatz entstehen. Die Innere Neustadt steht mit Hauptstraße und Barockviertel zu Unrecht oft noch im Schatten der Altstädter Elbseite. Die Neustadt würde für Besucher noch attraktiver, vor allem für jene, die auf der Suche nach dem ‚anderen‘ Dresden sind“, so Holger Zastrow, Fraktionsvorsitzender.

Essentiell für das Gelingen eines solchen Vorhabens ist aber auch

eine neue Sondernutzungssatzung. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist die Anwendung der normalen Sondernutzungssatzung mit ihrer Gebührenstruktur für Trödelmärkte aktuell wenig sinnvoll.

Villa Wigman: Privat vor Staat

Wir haben den Erwerb der ehemaligen Tanzschule mit Wohnhaus Mary Wigman für viel Geld durch die Landeshauptstadt im Sommer

2017 abgelehnt, weil auch private Investoren Interesse daran hatten, die kulturelle Nutzung nach einem Kauf zu erhalten. Mit dem Mehrheitsbeschluss des Stadtrates zum Kauf wurde allerdings auch beschlossen, dass die Kosten für Wiederinbetriebnahme, Sanierung und Betreuung vom künftigen Nutzer übernommen werden müssen.

Nach einem solchen Nutzer sucht die Stadt aktuell. Neben dem Villa Wigman für TANZ e. V., der auf einen dauerhaften Zuschuss der Stadt angewiesen wäre, gibt es auch einen privaten Investor, der ein fast identisches Konzept verfolgt, ohne die Notwendigkeit von städtischen Geldern. Die Betreuung ohne kommunalen Zuschuss hat für uns als FDP-Fraktion ganz klare Priorität.



Die Betreuung der Villa Wigman in der Bautzner Straße ist auch ohne kommunale Förderung möglich.



FRANZ-JOSEF FISCHER
EIN FREIER BLICK

HEUTE:

„Sport Frei“ im Dresdner Norden

Ob Tom Liebscher oder Herrmann Schulz, aus dem Norden Dresdens stammen viele weltbekannte Sportler! Hoch über der Elbe ist aber auch ordentlich was los mit dem Freizeitsport. Im Stadtbezirk Klotzsche scheint sich ein Ort für eine Skateanlage gefunden zu haben, die Mittel für den Bau am Ende der Alexander-Herzen-Straße sind aber noch offen. Besser sieht es mit

einem Schwimmhallenprojekt aus, die existierende kleine Halle mit dem Baujahr 1937 gibt bald den Geist auf. Clever wurden die Ruinen des alten Gas- und Wasserwerkes Klotzsche abgerissen, plötzlich war ein ideal gelegener Platz gefunden, der zentral auch Weixdorf und Langebrück Freude bereiten wird. Die Hoffnung wächst, vielleicht gibt es bald auch einen schönen Wander- und Radlertunnel zum Erreichen des Bades unter den Bahngleisen hindurch! Der OB will sich einsetzen, das existierende hundertjährige Loch zu ertüchtigen. Hurra!

Bei aller Euphorie vergaß man eine andere Sporthalle! An der alten Schwimmhalle hängt im wahrsten Sinne des Wortes eine weitere, trockene Halle dran, deren Beschaffenheit einzigartig in Dresden ist und die nicht abgerissen werden müsste. Viele Sportarten können dort trainieren, von der Sportgymnastik bis zur Leichtathletik. Der schwingende Boden, die feste hohe Deckenkonstruktion und sogar eine tiefe



Schließung verhindern! Mit der Sportlergala am 31. März machten die Vereine auf die drohende Schließung der Halle in Klotzsche aufmerksam.

Sprunggrube für den Stabhochsprung sind sensationell erhalten. Am 31. März 2019 fand eine große Sportlergala statt, um die Bevölkerung auf die drohende Schließung hinzuweisen. Der Termin war gut gewählt! Unter den zahlreichen Gästen weilten auch alle namhaften

Bewerber um ein künftiges politisches Mandat in Dresden. Hoffentlich vergessen sie dieses Anliegen nach dem 26. Mai 2019 nicht!

Franz-Josef Fischer

IMPRESSUM

Herausgeber

Die Freie Dresdner Ratsdepesche wird herausgegeben von der FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat und den Stadträten Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier, Detlev Cornelius, Franz-Josef Fischer, Prof. Dr. Thoralf Gebel, Jens Genschmar und Holger Zastrow.

Kontakt

FDP/FB-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (www.fdp-fraktion-dresden.de)
Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
Tel. 488 2662, Fax 488 2989
E-Mail fdp-fraktion@dresden.de

Redaktion

Steffen Hintze (V.i.S.d.P.)

Gesamtherstellung:

Saxedo GmbH/SDV Direct World GmbH

Bildnachweise

Fraktionsarchiv, Karsten Prauße, Franz-Josef Fischer

Diese Druckschrift ist eine Information über die Arbeit der FDP-Stadtratsfraktion und darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.

ABONNEMENT

Sie wollen die Ratsdepesche direkt nach Hause, dann schreiben oder rufen Sie uns an

fdp-fraktion@dresden.de
Telefon 0351 4882662